



**3 MIT CHARME**  
Wie sich Vancouvers jüdische Gemeinde auf die Olympischen Spiele vorbereitet

**8 MIT WITZ**  
Komiker Oliver Polak über Humor, Schokotorten und Geschmacksgrenzen

**17 MIT SINN**  
Berlins Filmfestival Jüdisches und Israelisches bei der 60. Berlinale



Philipp Gessler freut sich, wenn engagierte Bürger auf die Straße gehen

## EINSPRUCH

### Dresden, 13. Februar

Viel zu lange hat sich die Stadt Dresden in ihrer Rolle gefallen: Opfer »angloamerikanischer« Bomber sei man 1945 geworden. Und nach Jahrzehnten dieser von der SED geforderten Einschätzung glaubten viele Menschen dort wohl selbst, irgendwie nur Opfer zu sein und mit den bösen Nazis nichts zu tun zu haben. Diese Lüge rächt sich seit Langem: Neonazis nutzen den Mythos des »Bomben-Holocausts«, um ihre Propaganda zu betreiben. Jedes Jahr kommen die Rechtsextremen am 13. Februar, dem Tag der Zerstörung der Stadt, zur größten Nazi-Kundgebung Deutschlands zusammen – eine Schande für Dresden (vgl. S. 3).

Aber: Die Stadt wehrt sich. Eigentlich sollte ein Gesetz des Freistaats verhindern, dass die Neonazis weiter in Dresden demonstrieren können. Das Gesetz aber war offenbar so eilig zusammengeschustert, dass diese Einschränkung der Versammlungsfreiheit sogleich vor Gericht gescheitert ist. In gewisser Weise ist das verständlich, denn die Versammlungsfreiheit ist in der Demokratie ein hohes Gut. Eine Stehdemonstration, wie zwischenzeitlich geplant, wäre den Rechten allerdings durchaus zumutbar gewesen.

Dass es jetzt wohl eine als »Trauerzug« camoulierte Nazikundgebung sein wird, ist übel, aber keine Katastrophe. Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft – von den Antifas über die jüdische Gemeinde bis zu den Kirchen – ist so stark, dass der zu erwartende Aufmarsch der Rechten daneben verblasen wird. Zudem sichert dieses Engagement der Bürger langfristig einen viel höheren Lernerfolg als das Verbot der Demonstration.

Die regelmäßige Mobilisierung gegen die Nazis mag nervig und anstrengend sein. Sie ist jedoch der einzig gangbare Weg. Denn eine offene Gesellschaft wird Rechtsextremismus und Antisemitismus nie völlig beenden können. Aber ihre Auswüchse einzuziehen, das mag am Ende gelingen. Wenn alle dabei sind.

Der Autor ist Reporter bei der Tageszeitung »taz«.

## INHALT

- ZEITGESCHEHEN** ..... 2  
Generationswechsel  
Charlotte Knobloch verzichtet auf eine zweite Amtszeit als Zentralratspräsidentin
- UNSERE WOCHE** ..... 11  
Schöne neue Welt  
Eindrücke von der Eröffnung des Gemeindezentrums in Osnabrück
- SCHABBAT** ..... 20  
Das andere Ich  
Der Schabbat hält den Menschen dazu an, auf seinen Nächsten zu blicken

# Traditionell anders

**JUBILÄUM** Die Reformbewegung wird 200 Jahre alt – und steht auch heute noch vor großen Herausforderungen



Gleichberechtigt: Im liberalen Gottesdienst werden auch Frauen zur Tora aufgerufen.

Foto: gettyimages

VON MICHAEL A. MEYER

Vor genau 200 Jahren gründete Israel Jacobson in der Kleinstadt Seesen bei Göttingen einen »Tempel« für den Gottesdienst der Knaben an der dortigen Schule. Jacobson war Präsident des Königlich Westfälischen Konsistoriums der Israeliten. Ungewöhnlicherweise stand im neuen Tempel eine Orgel, und der Gottesdienst war streng geregelt. Die Einweihung dieses Bethauses wird bisweilen als Ausgangspunkt der jüdischen Reformbewegung betrachtet.

Doch für den Historiker gibt es eigentlich kein konkretes Anfangsdatum. Vielmehr handelte es sich um einen allmählichen Entstehungsprozess. Bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Deutschland aufgeklärte Juden, die sich vom Judentum entfernten, ihm entweder gleichgültig gegenüberstanden oder gar zum Christentum konvertierten. Die Reformbewegung, die sich zuerst in Holland und dann in Deutschland langsam ausbreitete, versuchte, diese Menschen, die das traditionelle Judentum nicht mehr ansprechen konnte, durch eine modernisierte jüdische Religion wiederzugewinnen.

Mit dem Aufkommen einer Generation universitätsgebildeter Rabbinen, unter denen Abraham Geiger (1810–1874) intellektuell herausragte, wurden die fundamentalen Prinzipien des Liberalen Judentums aufgestellt. Dahinter standen folgende Ideen: Weil sich das Judentum im Lauf der Geschichte entwickelt hat, darf es sich auch weiterentwickeln. Das Wesen des Judentums ist der ethische Monotheismus, die Riten sind nicht Ziel, sondern Mittel zur religiösen Erhebung. Und schließlich: Die heiligen Schriften des Judentums hat Gott nicht wörtlich gegeben, sondern es sind Dokumente, die Menschen verfasst haben, die von Gott dazu inspiriert wurden.

In Deutschland breitet sich die Reformbewegung so weit aus, dass sich bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die meisten Juden als liberal bezeichneten. Auch im Österreichischen Kaiserreich und in Westeuropa wurden kleine Reformgemeinden gegründet. Ihren größten Erfolg jedoch hatte die Bewegung in Amerika.

Mit der anhaltenden Einwanderung deutscher Juden und vor allem liberaler Rabbinen setzte Mitte des 19. Jahrhunderts in etlichen Synagogen ein Transformierungsprozess hin zum Liberalismus ein. Andere wurden bereits als Reformsynagogen gegründet. In den 1880er-Jahren begann die 50 Jahre dauernde Epoche des klassischen Reformjudentums. Charakteristisch dafür war ein Radikalismus, der alle ethnischen Aspekte des Judentums und einen Großteil der hergebrachten Riten verwarf.

## Ein liberales Judentum heute muss gegen den Strom schwimmen.

Doch schon in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts setzte erneut ein Wandlungsprozess ein. Die Bewegung wurde zionistisch, langsam fanden die hebräische Sprache und zuvor verschiedene Gebete in den liberalen Gottesdienst zurück. Heute steht das Reformjudentum in Amerika dem konservativen sehr nahe. Die eine Strömung wird zunehmend traditioneller, die andere reformbereiter. Beide ordinieren Frauen und Homosexuelle. Jedoch unterscheiden sie sich bei heute darin, dass die konservative Bewegung nicht als Juden anerkannt, wer lediglich einen jüdischen Vater hat.

Obwohl das Reformjudentum heute mehr Gewicht auf traditionelle Gebete und

Riten legt, bleibt der ethische Gehalt zentraler Punkt. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit ist seit mehr als 100 Jahren ein Schwerpunkt der Bewegung in den USA. 1962 gründete sie das Religious Action Center in Washington, um auf die amerikanische Gesetzgebung Einfluss zu nehmen.

Seit zehn bis 20 Jahren ist das amerikanische Reformjudentum die größte der religiösen jüdischen Strömungen in Amerika. Jüdisch-christliche Ehepaare, die ihre Kinder als Juden erziehen möchten, wählen meistens eine Reformgemeinde, weil sie sich dort mehr zu Hause fühlen als in einer traditionellen Synagoge.

Doch die Anwesenheit vieler Mitglieder, die nicht als Juden geboren wurden – sei es, dass sie übergetreten oder Christen geblieben sind –, stellt große Anforderungen an die Reformgemeinden: Wie kann Konvertiten Jiddischkeit und der Anschluss ans jüdische Volk nahegebracht werden? Wie können wir den Nichtjuden in der Synagoge das Gefühl vermitteln, dazuzugehören, ohne dass wir den Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden vergessen?

Wir stehen heute vor großen Herausforderungen. Sie erfordern, dass wir uns nicht in allgemeinem Universalismus verlieren. In Amerika und weltweit wächst der Fundamentalismus, der die Reformbewegungen aller Religionen bedroht. Ein liberales Judentum in der heutigen Welt muss gegen den Strom schwimmen. Doch es wächst nicht nur in Amerika, sondern ebenso in Deutschland. Bleibt zu hoffen, dass es sich auch in seinem Ursprungsland fortwährend an jene wendet, die ein Judentum wünschen, das tiefe Religiosität mit Kultur und Wissenschaft verbindet.

Der Autor ist emeritierter Professor für Jüdische Geschichte am Hebrew Union College in Cincinnati und Internationaler Präsident des Leo-Baeck-Instituts.

## INTERVIEW

Rabbiner Avichai Apel über Steuersünder-CDs und illegale Daten



## »Wir dürfen kein Diebesgut kaufen«

Herr Rabbiner, ist die Entscheidung der Bundesregierung richtig, die Steuersünder-CD anzukaufen (vgl. S. 7)?

Zunächst einmal ist es eine Mizwa, Steuern zu zahlen. Leider gibt es Menschen, die sich dieser Pflicht verweigern und das Finanzamt betrogen. Der Staat muss sie zur Verantwortung ziehen. Doch wie er an die dafür notwendigen Daten kommt, ist eine andere Frage. In diesem Fall sind die Schweizer Banken nicht bereit, die Daten der Steuersünder zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch kein koscherer Weg, die Informationen von Dieben zu erwerben.

Die Daten könnten dem Fiskus aber bis zu 400 Millionen Euro bringen. Heiligt nicht der Zweck die Mittel?

Nein, ganz und gar nicht. Man kann keine Mizwa erfüllen, wenn man auf dem Weg zur Erfüllung dieser Pflicht eine andere verletzt. Angenommen, es ist Sukkot, und ich habe kein Geld, mir einen Lulaw, einen Festtagsstrauß, zu kaufen. Dann darf ich nicht einfach den eines anderen stehlen. Mit einem gestohlenen Lulaw erfüllt man die Mizwa nicht.

Es darf also kein Mensch belohnt werden, der gegen das Gebot »Du sollst nicht stehlen« verstoßen hat?

Auf gar keinen Fall. Es könnte Nachahmer anmieren. Und der Staat würde ebenso handeln wie die Person, die sich die Daten beschafft hat. Beide wären bereit, illegal zu handeln, um ihre Ziele zu erreichen. Und das geht nicht. Übrigens gilt das auch für die Landesregierung, denen mittlerweile ebenfalls Daten von Steuersündern zum Kauf angeboten wurden. Wenn die Informationen benötigt werden, dann soll der Staat versuchen, sie auf anderem Wege zu beschaffen. Der Ankauf gestohlener Daten ist nicht koscher.

Wie soll man grundsätzlich reagieren, wenn gestohlenen Gut angeboten wird?

Wir dürfen kein Diebesgut kaufen oder uns schenken lassen. Doch ist dabei zu beachten, dass sich die Halacha in den 2.000 Jahren, in denen wir in der Galut waren, also verstreut unter den verschiedenen Völkern lebten, mehr mit dem Recht von Privatpersonen beschäftigt hat. In den vergangenen 60 Jahren, seit der Gründung des Staates Israel, werden auch andere Fragen der Halacha diskutiert. Da geht es um den Staat, der eine andere Kraft hat als das Individuum. Wir wissen, dass der Geheimdienst auch auf nichtkoscherem Wege Informationen erwirbt. Aber dem Staat sind Grenzen gesetzt.

Und was ist mit Informationen über einen geplanten Terroranschlag?

Wenn es um die Notsituation eines Individuums oder Landes geht, verhält es sich natürlich anders. Rettung von Menschenleben ist eine große Mizwa, sie setzt andere Regeln außer Kraft. Doch bei den CDs ist das nicht der Fall. Sicherlich wäre es wünschenswert, wenn der Staat 400 Millionen Euro Mehreinnahmen hätte. Doch es geht hier nicht um Sicherheit. Der Staat muss gegen Steuersünder vorgehen – aber mit koscheren Mitteln.

Mit dem Vorstandsmitglied der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschlands sprach Detlef David Kauschke.



4 190110 702201